

Hermann Weber:  
 Damals als ich Wunderlich hieß.  
 Vom Parteihochschüler  
 zum kritischen Sozialisten,  
 Aufbau-Verlag Berlin 2002,  
 445 S. (25 €)

Pfingsten 1946 gehörte der 19jährige Jungkommunist Hermann Weber zu den Mitbegründern der FDJ. Als Schüler der Jugendhochschule am Bogensee hatte man ihn kurzerhand zum »Delegierten« erklärt, obgleich es in seiner Heimatstadt Mannheim noch gar keine FDJ gab. Wunderlich. Doch es sollte noch wunderlicher werden. Was macht man nicht alles als junger, schlaksiger Straßenbahnschaffner, wenn man Hunger hat und vor allem einen riesigen Wissensdurst? Und wenn man von erfahrenen, undogmatischen Genossen das Angebot für ein zweijähriges Studium bekommt, kostenfrei und bei guter Verpflegung. Weber nahm an und begann im Herbst 1947 als einer von 79 Kursanten des ersten Zweijahreskurses an der SED-Parteihochschule in Liebenwalde. Dort gab es tatsächlich satt zu Essen, Zigaretten, eine passable Unterkunft, Freunde und schließlich auch eine Freundin Gerda, Webers heutige Ehefrau. Es gab Exkursionen in die zerstörte, aber spannende deutsche Hauptstadt, Theater- und Kinobesuche und nicht zuletzt eine gut ausgestattete Bibliothek und viel Gelegenheit für Lernbegierige, wie Weber einer war und Gerda ebenfalls.

Wie alle sieben Westdeutschen erhielt er so gleich einen Decknamen: Wunderlich. Gleichsam kamen ihm im Laufe seines Studiums allerdings auch andere Dinge vor. Zunächst erfährt er aus den Protokollen der Moskauer Schauprozesse von den Schrecken der Stalinischen Parteisäuberungen. Die Prozesse der dreißiger Jahre erschienen damals schon als Geschichte und der Kursant konnte nicht wissen, daß ähnliche Prozesse in Osteuropa bevorstanden. Eine Angelegenheit, die ihn belastete, die ihn zeit seines Lebens nicht mehr losließ und die er später, als Nestor der deutschen Kommunismusforschung, umfassend wissenschaftlich untersuchte.<sup>1</sup>

Weber er- und durchlebte den Wandlungsprozeß von einer relativ breit angelegten, hu-

manistischen Bildung in einem liberal empfundenen Lehrbetrieb zu einer »Indoktrinationsanstalt stalinistischen Typus«. Die Schilderung dieses Prozesses bildet den Kern seiner Erinnerungen, die Weber mit Archivfunden und – in bekannter Manier – mit zahlreichen Kurzbiographien von Lehrern und Studenten, von damaligen und späteren Weggefährten angereichert hat. Dazu gehört sein damaliger Dozent und späterer Freund Wolfgang Leonhard. Just als 1948 der Umbau der Schule zur »Kaderschmiede« erfolgte, verursachte die Flucht des durch die Komintern geschulten Kaders eine große Unruhe unter Lehrern und Studenten. Leonhard, der aus seiner Zustimmung zum jugoslawischen Abgrenzungskurs vom Stalinismus keinen Hehl gemacht hatte, wurde zum Agenten abgestempelt. Die Forderung nach erhöhter Wachsamkeit vergiftete fortan die Atmosphäre. Für einen Bruch, wie Leonhard ihn vollzog, war Weber trotz wachsender Zweifel noch nicht bereit. Sein Studium endete im Sommer 1949 planmäßig, sein Einsatz als Chefredakteur der westdeutschen FDJ-Zeitung *Junges Deutschland* dann schon nicht mehr. Für ein »zu klein« aufgemachtes und falsch plaziertes Stalin-Telegramm ließ der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker durch seinen Stellvertreter Heinz Lippmann Weber aus dieser Funktion entfernen. Obgleich dieser stalinistische »Karriereknick« Weber im Zuge einer Großrazzia gegen westdeutsche FDJ-Funktionäre 1953 nicht vor einer Inhaftierung schützte, stellte sie eine weitere Erfahrung mit den destruktiven Herrschaftsmechanismen einer kleinen Parteielite dar, die Weber 1954 den Bruch mit dem Kommunismus erleichterten. Fortan begab er sich, wie Leonhard und die später aus der DDR geflohene PHS-Dozentin Carola Stern, eine Zeitlang auf die Suche nach einem »dritten Weg« der gesellschaftlichen Entwicklung, bis sie ihren eigenen Weg als Wissenschaftler und Publizisten fanden und maßgeblich an der Aufdeckung der »weißen Flecken« in der stalinistisch geprägten Geschichtsschreibung mitwirkten.

Webers Erinnerungen sind auch mit zahlreichen Anekdoten geschmückt. Was nützt zum Beispiel die Vergabe des konspirativen Namens, wenn das Foto für den »falschen« Paß vergrößert im städtischen Fotoatelier aushängt? Auch solche Schilderungen machen das le-

senswerte und keinesfalls im Zorn zurückblickende Buch aus, das in Zusammenarbeit mit Gerda Weber entstand. Man kann auf eine Fortschreibung der Biographie über das Jahr 1954 hinaus gespannt sein.

MICHAEL HERMS

<sup>1</sup> Vgl. Hermann Weber/Dietrich Staritz: *Kommunisten verfolgten Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993; Hermann Weber/Ulrich Mählert: *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953*, Berlin 1998.

**Katherine Stroczan:  
Der schlafende Dax  
oder das Behagen in der Unkultur,  
Verlag Klaus Wagenbach Berlin  
2002, 110 S. (18,50 €)**

Seit der Erstemission der von den Medien als »Volksaktie« hochgejubelten Telekom-Aktie im November 1996 hat sich die Praxis der Geldanlage in Deutschland grundlegend verändert: Das vermeintlich sichere, aber wenig rentierliche Sparbuch wurde durch gewinnträchtigere, aber spekulative Anlageformen abgelöst. Millionen Sparer wurden so, ohne zu wissen, was eine Aktie eigentlich ist und wie der Kapitalmarkt funktioniert, über Nacht zu Aktionären. Sie wissen auch heute noch nicht viel mehr darüber, sind inzwischen aber um eine Erfahrung reicher, die des Geldverlustes. Während die Befürworter des Börsenrums lauthals von einer neuen »Aktienkultur« sprechen, sehen die Kritiker hierin eher einen gegenläufigen Prozeß, nämlich »einen triebgesteuerten Kulturverlust« und den Beginn einer Spekulationsblase, die irgendwann platzen wird, wie sich dies in der Geschichte schon des öfteren ereignet hat. Die Autorin des hier vorgestellten, schön gestalteten, aber nicht leicht zu lesenden Buches gehört zum Lager der Kritiker. Dies wird gleich zu Beginn deutlich, wenn sie den Aktienrummel der Gegenwart als »Gesellschaftsspiel« und »Volksfest« bezeichnet, vergleichbar der holländischen Tulpenmanie zwischen 1630 und 1638 oder der »South Sea Bubble« von 1720. Beide Spekulationen trugen »Volksfest«-Charakter und endeten mit dem Totalverlust der Anlagen. Sie

bescherten dem »Volkskörper« aber einen neuen Typus, den »Investor«. So ist es auch diesmal, schreibt Stroczan, »der Volkskörper ist um eine Figur reicher geworden«, den »Anlegertypus« oder »Homo investor« (S. 8).

Diesen genauer unter die Lupe zu nehmen und dabei zugleich die meinungsbildende Rolle der Medien zu entlarven, ist das Anliegen des Buches. Als praktizierende Psychoanalytikerin geht die Autorin dabei ganz unökonomisch vor. Der Anlegertyp wird psychoanalytisch durchleuchtet, die Motive für sein Verhalten werden als »Gier« oder »Neid« entlarvt, die mit der Emission der T-Aktie vermeintliche »Demokratisierung« der Börse wird als ein übler Trick, die Spargelder der Kleinsparer für den Kapitalmarkt zu mobilisieren, denunziert und die Börsen- und Anlegermagazine werden als nur scheinbar seriös, in Wahrheit aber nicht selten interessengelenkt, charakterisiert. Dabei gelangt die Autorin zu bemerkenswerten Einsichten. So zum Beispiel, wenn sie zeigt, daß das Börsengeschehen in den Medien ausschließlich aus der Anlegerperspektive dargestellt wird, die Rolle des Kapitalmarktes für das Funktionieren des Kapitalismus hingegen weitgehend im dunkeln bleibt (S. 77). Dadurch wird der Schwerpunkt der Berichterstattung verlagert, weg von der realen Wirtschaft und hin zu den virtuellen Abläufen, wie sie sich in den Charts und Prognoserechnungen darstellen. Oder wenn sie nachweist, daß die vielen Geld- und Börsenmagazine nur scheinbar objektive Einschätzungen und Wertungen vornehmen, in Wahrheit aber nur ein Ziel verfolgen, nämlich die Anpreisung und den Verkauf hauseigener Produkte (S. 62 f.). Inzwischen weiß man, daß hier nicht selten sogar kriminelle Absichten die Daten und Texte bestimmt haben.

Insgesamt gesehen scheint das Urteil der Autorin über die Rolle der Finanzmärkte in der modernen Wirtschaftsgesellschaft jedoch zu absolut zu sein und mitunter zu einseitig auszufallen. Vielleicht ist die Börse (auch) »das Feld, auf dem mittels Triebregression gleichzeitig anal- und oralsadistische Triebrengungen agiert, ödipale Konflikte wiederbelebt und narzißtische Restitutionsversuche unternommen werden können«, wie auf S. 84 steht, aber erschöpft sich ihre Funktionsbestimmung darin? Sicher nicht, sonst könnte man die

Theorie der Finanzmärkte gestrotzt den Psychologen überlassen. Die machen es sich, wenn sie sich dieses Gegenstandes annehmen, jedoch mitunter zu leicht. So läßt sich die Börse wohl kaum als ein »Konstrukt« abtun, womit »psychische Störungen sozialisiert« (S. 84) werden. Und bei einer Geldanlage dürfte es sich wohl immer noch zuerst und in der Hauptsache um einen ökonomischen Akt handeln, mit ökonomischen Konsequenzen. Stroczan dagegen sieht in einer Geldanlage »in erster Linie« ein »psychisches Investment, das sich (lediglich) des Geldes bedient« (S. 78). Ähnliches gilt für das Geld als solchem, dem primär eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt und das deshalb wohl nicht »lediglich der Kristallisationspunkt vielfältiger Leidenschaftsketten« (S. 78) ist, wie die Autorin behauptet, obwohl es dies letztlich vielleicht auch ist. Trotz dieser Kritik erweist sich das Buch, gerade auch für Ökonomen, als eine durchaus interessante und anregende Lektüre. Dies nicht zuletzt wegen seiner sprachlichen Brillanz, die sich, verglichen mit vielen ökonomischen Texten, sehr wohlthuend ausnimmt. Ob Leser, die weder ökonomisch noch psychologisch vorgebildet sind, mit dem Buch etwas anfangen können, muß jedoch bezweifelt werden. Insofern bleibt es etwas für Insider, insbesondere für die Psychologen unter den Bankern und Brokern.

ULRICH BUSCH

Hans-Georg Wehling (Hrsg.):  
 Deutschland Ost –  
 Deutschland West. Eine Bilanz,  
 Leske + Budrich Opladen 2002,  
 238 S. (12,80 €)

Vorliegender Sammelband gehört zur Spätleser der Vereinigungsliteratur. Eine Bilanz des Vereinigungsprozesses, wie der Titel vorgibt, ist das Buch indes nicht. Dazu fehlen zu viele Themen; auch ist die Aufarbeitung der einzelnen Themenkomplexe zu einseitig erfolgt. So fällt schon beim ersten Durchblättern des Bandes auf, daß die meisten Kapitel politikwissenschaftliche Beiträge darstellen und von westdeutschen Wissenschaftlern verfaßt worden sind. Die wirtschaftlichen und sozialen

Aspekte des Vereinigungsprozesses kommen dagegen nur am Rande vor. Ebenso wenig präsent ist eine ostdeutsche Sicht. Ziel des Buches ist die Beantwortung der Frage, wie weit »die Angleichung der beiden Deutschlands« gelungen beziehungsweise nicht gelungen ist. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf Aspekte der politischen Kultur wie Demokratieakzeptanz (im Osten), Fremdenfeindlichkeit (im Osten), Wahlverhalten und Vergangenheitsbewältigung (natürlich im Osten). Schon allein dies ist Programm und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Vereinigungsprozeß, der seinem Charakter nach »ein Anschluß der neuen Bundesländer an die alte Bundesrepublik war« (S. 129) und sonst nichts.

Das Buch beginnt mit einem Überblicksartikel zur politik- und sozialwissenschaftlichen Diskussion des deutschen Einigungsprozesses. Gestützt auf ein breites Spektrum an Quellen, zeigen die Autoren Greiffenhagen/Greiffenhagen, welche Fragen, Begriffe und Urteile seit 1990 die Diskussion bestimmen. Am Ende sprechen sie sich für eine künftig »stärkere Berücksichtigung endogener ostdeutscher Prämissen und Eigenständigkeiten« aus: »Die Prävalenz Westdeutschlands«, so die Autoren, führe theoretisch zu »verengten Blickweisen« und politisch zu »dysfunktionalen Resultaten« (S. 30 f.). Daran schließt sich ein Aufsatz von Lehmbruch mit dem Titel »Einheit als Improvisation« an. Der Autor setzt sich hierin kritisch mit der westdeutschen Haltung zur deutschen Einheit vor 1989 auseinander, mit der Ignoranz der Bundesbürger und -politiker gegenüber den Verhältnissen in der DDR, der »Oberflächlichkeit« ihrer Kenntnisse, den Illusionen, wobei letztere jedoch unverzichtbar waren, denn ohne sie, mit einem realistischen Blick, hätte sich die westdeutsche Politik »möglicherweise gar nicht durchgerungen«, die Vereinigung anzupacken (vgl. S. 48). Die Probleme der Einheit sieht der Autor durch die »asymmetrische Interessenberücksichtigung« im Einigungsprozeß noch verstärkt (vgl. S. 49), wobei ihm in diesem Zusammenhang jedoch Fehler unterlaufen, zum Beispiel bei der Definition des Umstellungsverhältnisses der Mark zur D-Mark (vgl. S. 47).

Relativ breiten Raum nimmt ein Aufsatz zur Herausbildung eines demokratischen Konsens' in Ost und West ein. Gestützt auf Ergebnisse

der empirischen Sozialforschung, wird hier herausgearbeitet, welche Schwierigkeiten es im Osten mit dem »Aufbau eines demokratischen Grundkonsenses« gibt und daß diese Schwierigkeiten vor allem darauf zurückzuführen sind, daß den Menschen in der DDR »über Jahrzehnte hinweg der konkrete Umgang und die Erfahrung mit der Demokratie« (S. 70) fehlten. So werden (wenig überzeugend) auch die »jüngsten antidemokratischen Entwicklungen in Ostdeutschland« als »Ausdruck eines immer noch unabgeschlossenen gesellschaftlich-politischen Umbruchs« interpretiert (vgl. S. 100). Realitätsnäher ist da der nächstfolgende Text »Elite West – Elite Ost?«

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht der »Elitentransfer« von West nach Ost, dessen empirischer Beleg sowie eine Skizzierung der Problemlage, die daraus für den Osten erwächst. Insbesondere ist es die »erdrückende Dominanz des aus den alten Bundesländern stammenden Elitepersonals« (S. 121 f.), worunter das politische Klima in Ostdeutschland leidet. Der Autorin ist es gelungen, zu dieser Frage nicht nur eine differenzierte Analyse vorzulegen, sondern auch zu zeigen, daß sich im Eliteproblem und in der damit verknüpften Interessenproblematik bei der konkreten Ausgestaltung des Wandels der grundlegende Unterschied gegenüber anderen Transformationsländern manifestiert.

Die beiden letzten Beiträge des Bandes sind wirtschaftlichen Fragen gewidmet: Zuerst befaßt sich Seibel mit der Konstruktion der Treuhandanstalt und ihrer Rolle als Stabilisierungsfaktor im Transformationsprozeß. Hernach kommentiert Ragnitz Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Veränderungen im Beitrittsgebiet seit 1990.

Seibel zufolge agierte die Treuhand institutionell an den politischen Strukturen der Bundesrepublik vorbei und verkörperte somit eigentlich noch »ein Stück DDR« (S. 199). Ihre Rolle sieht er ähnlich der des berühmten Schweizers namens »Winkelried«, der sich 1386 in der Schlacht bei Sempach vor die eigentlichen Kämpfer stellte, dadurch die gegnerischen Pfeile auf sich zog und auf diese Weise erst den Sieg ermöglichte. Ähnlich agierte die Treuhandanstalt, indem sie alle Kritik auf sich zog und dadurch die politischen Institutionen wie die Wirtschaft

schützte, so daß diese unbehindert ihre Aufgaben erledigen konnten. Ein interessanter Vergleich! Besonders, wenn man bedenkt, daß es sich 1386 um eine blutige Schlacht, die auf Macht und Beute ausging, gehandelt hat. An diesem sehr lesenswerten Aufsatz wird deutlich, wie die Geschichte der Vereinigung umgeschrieben werden muß, wenn sich der verklärende Nebel nationaler Wiedervereinigungs- und Solidaritätsromantik endlich gehoben hat. Demgegenüber verfolgt Ragnitz mit seinem Text das Ziel, eine ernüchternde Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 mit einem optimistischen Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte zu verbinden. Es ist hier viel vom »unvermeidbaren Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft« die Rede und von den »enormen Fortschritten beim Aufbauprozeß« (S. 225), aber auch von fehlenden Arbeitsplätzen und anhaltenden Strukturkrisen, beides ist wohl weniger ein DDR-Relikt. In dem Bemühen, die »unübersehbaren Erfolge« des Aufbaus Ost kräftig herauszustellen, werden in dem Aufsatz auch statistische Daten angeführt, zum Beispiel zur Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte. Diese sind jedoch nicht in jeder Hinsicht plausibel. So ist es kaum nachzuvollziehen, daß das Einkommensniveau im Osten 1998 real bereits bei 92 Prozent des Westniveaus gelegen haben soll (vgl. S. 226 f.), wo doch das Lohnniveau, als wichtigste Einkommenskomponente, im Durchschnitt nur bei 69 Prozent liegt, in der Industrie effektiv sogar nur bei knapp 60 Prozent, das Renteniveau zwar bei 110 Prozent, alle anderen Einkünfte (aus Kapital, Immobilien etc.) aber weit darunter. Hinzu kommt, daß die mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung das Niveau der Haushaltseinkommen mit Sicherheit drückt. Die vom Autor in diesem Zusammenhang als Argument ins Feld geführte höhere Erwerbsbeteiligung (vor allem der Frauen) im Osten – im Jahr 2001 betrug der Unterschied zum Westen hier gerade mal 0,8 Prozent – dürfte kaum hinreichen, um die Unstimmigkeit aufzuklären. Zur Lösung der Probleme im Osten werden neben der Ankurbelung der Investitionstätigkeit, was natürlich die Hauptsache ist, eine Reihe von »Sonderregelungen« für die neuen Länder vorgeschlagen, so zum Beispiel: die Absen-

kung der Lohnsätze (vgl. S. 229), »flexiblere oder längere Arbeitszeiten« (40plus), »geringere Urlaubsansprüche«, »niedrigere Lohnzusatzleistungen«, »Erleichterungen bei umweltpolitisch motivierten Regulierungen« usw. Die damit verbundene Entwicklungsperspektive ist klar: Es geht nicht mehr um eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, sondern um die Abkopplung des Ostens vom Westen. Bemerkenswert ist, wenn der Autor als Resümee schreibt, daß man sich künftig darauf einrichten muß, daß die neuen Länder »noch für lange Zeit ein niedrigeres Einkommensniveau aufweisen werden als der Durchschnitt Westdeutschlands« und daß die Unterschiede »in den Lebensbedingungen und in der Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen im vereinten Deutschland wohl für lange Zeit, wenn nicht gar auf Dauer größer sein werden als es in Westdeutschland vor 1989 der Fall war« (S. 236). Andere Autoren sprechen angesichts dieser Perspektive von einem deutschen Mezzogiorno.

ULRICH BUSCH

**Gerd Kaiser:**  
**Katyn. Das Staatsverbrechen –**  
**das Staatsgeheimnis,**  
**Aufbau Taschenbuch Verlag**  
**Berlin 2002, 476 S. (12 €)**

Das »schwärzeste Kapitel der polnischen Geschichte« nennt der weltbekannte polnische Regisseur Andrzej Wajda das von Stalin und seinen Komplizen sanktionierte Massaker an über 15 000 im September 1939 in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratene polnische Militärs, Polizisten und Reserveoffiziere, die im Zivilberuf meist höhere Beamte oder Wissenschaftler gewesen waren. Wajda, der einen Film über diese nationale Tragödie drehen will, hat neben allgemeinen humanistischen Beweggründen ein ganz persönliches Motiv für dieses Vorhaben. Sein Vater gehörte zu jenen 4 250 Gefangenen, die im April und Mai 1940 in Katyn erschossen wurden. Daß der Verfasser des hier zu besprechenden Buches in jenem staatlich verordneten Massenmord nicht zuletzt einen der dunkelsten

Punkte in der Geschichte des Stalinismus sieht, macht er schon mit dem Untertitel deutlich. Die Täter selbst waren sich dessen auch durchaus bewußt. Entsprechend rigoros war demzufolge die Tabuisierung im Lande des Verbrechens und – keinesfalls geringer – in der DDR. In sowjetischen und polnischen Veröffentlichungen durfte zeitweise nicht einmal der Name *Katyn* erwähnt werden. Auf Dauer ließ sich allerdings in Polen, wo Zehntausende als Angehörige der Ermordeten unmittelbar betroffen waren, eine solche Tabuisierung nicht durchsetzen. Und natürlich wurde Gerd Kaiser dank seinen engen freundschaftlichen Beziehungen zu polnischen Mitstudenten während des Studiums in den Jahren 1951 bis 1956 in Moskau in Gespräche über Katyn mit einbezogen.

Ich kann mich noch dunkel an die Propagandaaktion der Nazis erinnern, als während des Krieges – ich war 1943 elf Jahre alt – im Wald von Katyn die Massengräber erschossener polnischer Offiziere entdeckt wurden. Während meines Studiums in Leningrad las ich dann den erstmals 1944 veröffentlichten und die Erschießung der Gefangenen den deutschen Okkupanten anlastenden Bericht einer sowjetischen Sonderkommission, den die sowjetische Presse Anfang 1952 als Antwort auf westliche Enthüllungen erneut abdruckte. Stutzig machte mich damals schon, daß mit keinem Wort darauf eingegangen wurde, wie diese hochkarätigen und nach Lage der Dinge alles andere als sowjetfreundlichen Gefangenen den vorrückenden Deutschen hatten überlassen werden können. Und das nicht in den chaotischen ersten Tagen nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion in der Nähe der im September 1939 nach vorausgegangener geheimer Übereinkunft zwischen Hitler und Stalin gezogenen deutsch-sowjetischen Grenze, sondern erst Wochen später – Smolensk wurde am 16. Juli eingenommen – Hunderte von Kilometern von dieser entfernt. Die Gefangenen um jeden Preis dem Zugriff der Invasoren zu entziehen, hätte doch ein vorrangiges Anliegen der sowjetischen Führung sein müssen. Je besser ich mit den Realitäten meines Gastlandes vertraut wurde, desto größer wurden meine Skrupel. In den 70er Jahren mußte ich dann feststellen, daß in der dritten Auflage der *Großen Sowjetischen En-*

zyklopädie der Artikel »Katynskij rasstrel« (Erschießungen in Katyn) fehlte, der im 1953 in Druck gegangenen Band 20 der zweiten Auflage noch enthalten war und der die Behauptungen des Berichtes der Sonderkommission wiedergab. Nun konnten kaum noch Zweifel darüber bestehen, daß die sowjetische Darstellung nicht der Wahrheit entsprach und daß der Personenkreis, der dies auch wußte, weit über den der unmittelbaren Täter hinausging. Inzwischen hatte auch der 20. Parteitag der KPdSU stattgefunden, und man wußte, daß dem Stalinregime ein solches Verbrechen durchaus zuzutrauen war.

Gerd Kaisers Bemühungen, den wahren Sachverhalt aufzuhellen und einer deutschsprachigen Leserschaft zugänglich zu machen, habe ich, seit er 1992 zusammen mit seinem polnischen Koautor Andrzej Szцениak das Buch *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren* herausbrachte, mit größtem Interesse verfolgt.

Das nunmehr vorliegende Werk berücksichtigt alle – nicht zuletzt die polnisch- und russischsprachigen – zugänglichen seriösen Veröffentlichungen sowie Anordnungen, Befehle, Protokolle und Zeugenaussagen sowohl von Opfern als auch von Tätern.

Es besteht aus einem Vorwort des bekannten Gerichtsmediziners Otto Prokop (S. 9), einer das Anliegen des Autors und die Voraussetzungen seiner Realisierung skizzierenden Einleitung (S. 11-17) und zehn Teilen. Teil I (*Hinterlistig überfallen: Polen in der Zange*) behandelt die Umstände, unter denen im September 1939, aber auch noch danach, 242 000 polnische Militärangehörige in sowjetische Gefangenschaft kamen. Thematisiert wird in erster Linie die zwischen Hitler und Stalin vereinbarte Beteiligung der Roten Armee an der Aggression gegen Polen. Große Teile der polnischen Armee gerieten während der Kämpfe und nach deren Einstellung in Kriegsgefangenschaft. Andere konnten sich nach Rumänien, Ungarn, Litauen oder Lettland, das 1939 ebenfalls an Polen grenzte, zurückziehen und wurden dort interniert. Nach der Annektierung des Baltikums, Bessarabiens und der Nordbukowina durch die Sowjetunion im Jahre 1940 kamen auch die dort Internierten in sowjetische Gefangenschaft. Manche polnische Einheiten kapitulierten nach Vereinba-

rungen mit Befehlshabern der Roten Armee. Ihnen wurde dabei zugesichert, daß sie sich frei entscheiden könnten, ob sie nach Hause zurückkehren oder nach Rumänien oder Ungarn gehen wollten. Solche Zusicherungen wurden nirgends eingehalten. Es kam sogar zu Erschießungen polnischer Offiziere unmittelbar nach der Gefangennahme.

Thema ist auch der am 28. September 1939 von Ribbentrop und Molotow in Moskau unterzeichnete »Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag« mit seinen geheimen Zusatzabkommen. Letztere enthielten auch die gegenseitige Versicherung von der Endgültigkeit der vereinbarten Grenze. Soweit deutsche Truppen über die festgelegte Linie hinaus nach Osten vorgestoßen waren, zogen sie sich alsbald auf diese zurück. Beide Regierungen bekundeten ihre Absicht, jede nationale Regierung des polnischen Volkes zu bekämpfen. Der Verfasser schreibt in diesem Zusammenhang von der »vierten Teilung« Polens. Eigentlich war es schon die fünfte. Denn die Entscheidung des Wiener Kongresses 1815, nach der Preußen »Südpreußen« mit Warschau an Rußland abtreten mußte, war ja auch eine Umverteilung der Gebiete mit vorwiegend polnischer Bevölkerung gegen deren Willen, eine Mißachtung des Wunsches des polnischen Volkes nach einem eigenen Staat.

Teil II (*Hinterücks erschossen: Das Schicksal der Gefangenen Herbst 1939 – Frühjahr 1940*) beschreibt ausführlich die systematische Vorbereitung des Massenmordes durch das NKWD, dem die Gefangenen auf Befehl des Generalstabschefs der Roten Armee zu übergeben waren. Die Betroffenen wurden auf drei Sonderlager verteilt. Die später in Katyn Ermordeten kamen nach Kozel'sk, 250 km südöstlich von Smolensk. Fast 4000 Gefangene wurden nach Starobel'sk südöstlich von Charkow gebracht. Dazu gehörten unter anderem acht Generäle, Militärggeistliche unterschiedlicher Konfessionen (darunter auch der Feldrabbiner des polnischen Heeres) sowie 52 Zivilisten. Im Lager Ostaschkow auf der Insel Stolobnoe nordwestlich von Twer (Kalinin), befanden sich Anfang April 1940 annähernd 6 500 Gefangene, vorwiegend Polizisten und Angehörige verschiedener Sicherheitsdienste.

Die Erschießung fast aller dieser Gefangenen erfolgte dann im April und Mai 1940. Ihr

lag eine Beschlußvorlage Berijas vom 5. März 1940 zugrunde, die von Stalin unverzüglich absegnet wurde. Die Todesurteile waren ohne Vorladung der Hinzurichtenden, ohne Anklage von einer Dreiergruppe, bestehend aus Berijas beiden Stellvertretern und dem Leiter der Sonderabteilung des NKWD, zu fällen. Das Deckblatt mit der handschriftlichen Bestätigung von Stalin, Woroschilow, Molotow und Mikojan sowie der protokollarischen von Kalinin und Kaganowitsch und die letzte Seite der Vorlage mit Berijas Unterschrift sind auf den Seiten 80 und 81 in Faksimile abgedruckt.

Im Februar hatten der Leiter der Verwaltung für Kriegsgefangene und sein Politkommissar noch Berija vorgeschlagen, alle in den Lagern Kozel'sk und Starobel'sk befindlichen Schwerkranken, Invaliden, Tbc-Kranken und alle über Sechzigjährigen sowie Ärzte, Ingenieure, Agronomen und Lehrer, über die »nichts Kompromittierendes« vorlag beziehungsweise die aus dem 1939 von der Sowjetunion annektierten Teil Zwischenkriegspolens stammten, insgesamt etwa 800 Personen, zu entlassen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Natürlich nahm sich der Innenvolkskommissar auch der Angehörigen der zu Ermordenden an. Nur zwei Tage nach der Entscheidung über die Erschießung wies Berija die Volkskommissare des Innern der Ukraine und Belorußlands an, die Familienangehörigen nach Kasachstan zu deportieren, und am 20. März erging der Befehl an ihren kasachischen Kollegen, annähernd 25 000 betroffene Familien dort unterzubringen. Deren Verschleppung erfolgte im Rahmen einer zweiten Welle der Massendeportation polnischer Staatsbürger. Vorausgegangen war eine erste im Februar 1940. Es folgten eine dritte im Juni 1940 und eine vierte ein Jahr später kurz vor dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion.

Gegenstand von Teil III (*Hintergangen. Frühjahr 1940 – Frühjahr 1943*) sind die verzweifelten Bemühungen der polnischen Exilregierung und ihrer diplomatischen und militärischen Vertreter in der UdSSR, das Schicksal der verschwundenen polnischen Kriegsgefangenen aufzuklären. Nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war diese dringend auf die Unterstützung der Westmächte und der mit ihnen verbündeten

polnischen Exilregierung angewiesen. Letztere bestand verständlicherweise auf der Wiederherstellung des Status quo. Als unabdingbare Voraussetzung für ein Bündnis mit der UdSSR zum gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Aggression forderte sie die sofortige Freilassung aller polnischen Gefangenen, Häftlinge und Deportierten. Der dann am 30. Juli 1941 unterzeichnete polnisch-sowjetische Vertrag enthielt die Annullierung der deutsch-sowjetischen Teilungsverträge vom 23. August und 28. September 1939 und die Zustimmung der sowjetischen Regierung zur Bildung einer polnischen Armee unter eigenem Kommando auf sowjetischem Staatsgebiet. Schon bald stellte sich heraus, daß ein großer Teil der 1939 nachweislich in sowjetische Gefangenschaft geratenen polnischen Militärs nicht auffindbar war. Die auch auf höchster Ebene zwischen Stalin und dem Premier der Exilregierung, General Sikorski, geführten Gespräche zogen sich über ein Jahr hin, bis die inzwischen gebildeten polnischen Einheiten, die sogenannte *Anders-Armee*, über den Iran aus der UdSSR abgezogen wurden. In allen diesen Gesprächen wurden die Polen mit den dümmsten und verlogenen Ausreden abgespeist. Konkret nach dem Verbleib der Gefangenen der drei Sonderlager befragt, erklärte Stalin am 14. November 1941 gegenüber dem polnischen Botschafter, sie seien alle freigelassen worden. Bei einem Treffen Stalins und Molotows mit den Generälen Sikorski und Anders behauptete Stalin am 3. Dezember 1941, die Vermißten seien »in die Mandschurei« geflohen. Von ihren westlichen Verbündeten hatte Polen in dieser Frage keine Unterstützung zu erwarten: Deren Haltung resümiert Gerd Kaiser (S. 155) mit dem Satz: »Die britische Regierung hüllte sich auch zu diesem Thema in Schweigen, um es sich nicht mit dem überlebensnotwendigen sowjetischen Verbündeten zu verderben.«

Teil I. (*Die Ermordeten klagen an. 1943/44 und 1990/1991*) ist der Aufdeckung des Verbrechens und der Reaktion der Täter darauf gewidmet. Diese konnte nur die Ermordeten aus dem Sonderlager Kozel'sk betreffen, da 1943 nur deren Leichen in den Massengräbern im Wald von Katyn entdeckt wurden. Die sterblichen Überreste der polnischen Gefangenen aus Starobel'sk und Ostaschkow wurden erst 1991 gefunden.

Die am 13. April 1943 eingeleitete und sich »europäisch« gebende Propagandaaktion der Nazis beurteilt Kaiser nicht zuletzt anhand von Dokumenten der dem Oberkommando der Exilregierung unterstehenden Armia Krajowa. In diesen wurde die wochenlang über den gesamten von Nazideutschland beherrschten Raum rollende Aktion als »antibolschewistisch, antisemitisch und antienglisch« eingeschätzt. Sie habe die »Isolierung der polnischen Emigrationsregierung« zum Ziel. An der Besichtigung der Gräber hätten auch Polen aus Warschau und Krakau teilgenommen, deren Berichte »keinen Zweifel an dem Massenmord« aufkommen ließen. Die Weigerung nach Katyn gebrachter kriegsgefangener polnischer Offiziere, sich für die Nazipropaganda einzuspannen, habe den Unwillen der Veranstalter erregt. Die Offiziere blieben bei ihrer Haltung, obwohl sie sich anhand der Indizien überzeugen mußten, daß sie tatsächlich vor den sterblichen Überresten ihrer ermordeten Kameraden standen. Weil sie sich ein im Auftrag der sowjetischen Führung verübtes Verbrechen dieses Ausmaßes nicht vorstellen konnten, hatten sie anfänglich noch gemutmaßt, bei den Toten handle es sich um von den Nazis umgebrachte KZ-Häftlinge, denen nachträglich polnische Offiziersuniformen angezogen worden seien.

Ein sachlich gehaltener Bericht des Gerichtsmediziners Dr. Marian Wodziski, der sich als Mitglied einer Technischen Kommission des Polnischen Roten Kreuzes in Katyn aufgehalten hatte, wird im Buch auszugsweise zitiert. Die Erklärung, mit der die sowjetische Seite am 15. April, zwei Tage nach dem Beginn der Naziaktion reagierte, mutet geradezu hysterisch an. Kaiser bezeichnet sie als »offensichtlich zusammengeschnürt«.

In Teil V (*Hintertrieben. Die wahren Täter bleiben ungenannt. Sommer 1943-Herbst 1992*) geht es vor allem um die Bemühungen der polnischen Exilregierung, auf diplomatischem Wege eine Aufklärung der Vorgänge in Katyn zu erreichen, um das Verhalten der westlichen Verbündeten Polens und um die jeweiligen Reaktionen der sowjetischen Seite. Die polnische Regierung gab am 17. April 1943 eine Erklärung ab, aus der ausführlich zitiert wird. Darin bekundet sie die Absicht, das Internationale Rote Kreuz zu bitten, an Ort und Stelle

die Sachlage zu prüfen, und verbittet sich »im Namen des polnischen Volkes, daß mit der Anklage dieses Verbrechens eigene Verbrechen vertuscht werden sollen.« Die heuchlerische Entrüstung der deutschen Propaganda könne nicht die fortlaufend am polnischen Volk verübten Verbrechen überdecken.

Eine entsprechende Note wurde am 20. April dem sowjetischen Botschafter überreicht. Die Note blieb ebenso wie über zwanzig vom Sommer 1941 bis April 1943 in der Angelegenheit der verschwundenen polnischen Gefangenen sowjetischen Behörden übergebene Dokumente unbeantwortet. Statt dessen startete die sowjetische Seite gegen die polnische Exilregierung eine heftige Propagandaaktion. Am 21. April überschrieb die *Prawda* einen Artikel »Die Polen arbeiten mit Hitler zusammen«. Schließlich beschloß die Sowjetregierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur verbündeten polnischen Exilregierung. Die deutsche Übersetzung der von Unterstellungen strotzenden Note, in der ihr dies mitgeteilt wird und die Molotow in der Nacht zum 26. April dem polnischen Botschafter zu überreichen versuchte, der die Annahme jedoch ablehnte, ist fast vollständig auf S. 209 f. abgedruckt. Die polnische Regierung reagierte am 28. April mit der Verlautbarung, ihre Politik sei nach wie vor »auf freundschaftliche gegenseitige Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland« gerichtet. Großbritannien und die USA bemühten sich zu vermitteln. Auszüge aus Stalins Antworten auf Churchills vergebliche Vermittlungsversuche sind in Teil VI abgedruckt.

Die Seiten 213-223 sind dem Wirken der sog. Burdenko-Kommission gewidmet. Diese nahm ihre Tätigkeit in Katyn auf, nachdem die deutschen Truppen am 26. September Smolensk und Umgebung hatten räumen müssen. Generaloberst Nikolaj Burdenko, seit 1941 Chefchirurg der Roten Armee, hatte sich bereit gefunden, an der Spitze einer vorwiegend aus anonymen NKWD-Angehörigen bestehenden Sonderkommission die seit dem 15. April 1943 kolportierte Version der sowjetischen Propaganda mit »Fakten« zu untermauern. Die im Buch abgedruckten Zitate machen deutlich, daß die im Bericht der Kommission vom 24. Januar 1944 aufgestellten Behauptungen nicht wirklich bewiesen werden.



Der letzte Abschnitt gilt dem von der sowjetischen Anklage in Nürnberg unternommenen vergeblichen Versuch, den Massenmord von Katyn dennoch zum Bestandteil des Verfahrens gegen die Nazikriegsverbrecher zu machen.

Teil VI (*Hinterfragt: Augenzeugen, Befehle, Beschlüsse*) enthält vollständig oder in Auszügen, im Original beziehungsweise – soweit sie nicht in Deutsch abgefaßt sind – in deutscher Übersetzung, die wichtigsten Materialien (insgesamt 100), auf die sich die in den Teilen I bis V gemachten Aussagen stützen.

Teil VII (*Hintermänner. 1939*) ist ein alphabetisches Verzeichnis von 164 Personen – ausschließlich Männer –, die unmittelbar oder als »Schreibtischtäter« mit dem Mord an den polnischen Gefangenen zu tun hatten. Die biographischen Angaben fallen je nach Quellenlage sehr dürftig oder ausführlicher aus. Zum Problem wird insbesondere hier die kyrillische Schreibung der Namen. Lediglich bei den Namen sehr bekannter Politiker hat sich eine mehr oder weniger einheitliche lateinische Transkription eingebürgert, auch wenn sie der tatsächlichen Aussprache nur bedingt gerecht wird. Bei der Transkription beziehungsweise Transliteration aller übrigen herrscht ziemliche Willkür, die bei einer wünschenswerten Neuauflage möglichst beseitigt werden sollte.

Teil VIII (*Hintergrundmaterial*) enthält einen Bericht über Studien und Quellenmaterialien und ein 155 Positionen umfassendes Literaturverzeichnis. Bei letzterem zeigt sich wieder das Dilemma der kyrillischen Schrift. Die Transkription kyrillisch gedruckter Titel ist sehr fehlerhaft. Überhaupt stellt sich die Frage, welchen Sinn ihre Transkription oder Transliteration hat. Wer das Russische nicht beherrscht, kann mit einer solchen wenig anfangen. Beherrscht er es aber, ärgert er sich über die Fehler.

Teil IX (*Zeittafel*) skizziert kurz und treffend Ereignisse vom 23. August 1939 bis 28. Juni 2000.

Der den Anhang bildende Teil X enthält ein Abkürzungsverzeichnis, den Bildnachweis, eine Danksagung, Hinweise zur Aussprache, ein geographisches und ein Personenregister.

Zusammenfassend sei Otto Prokops Appell wiederholt, mit dem er sein Vorwort abschließt: »Es ist für mich eine Herzensangele-

genheit zu bitten, dieses Buch zu lesen. Die dargestellten und dokumentierten Tatsachen vermitteln ein wahrhaftiges Bild von Katyn. Lest es aufmerksam!« Empfohlen sei die Lektüre vor allem jenen, die noch immer darüber grübeln, ob die von August 1939 bis Juni 1941 dauernde Komplizenschaft Stalins mit Hitler nicht vielleicht doch im »Interesse des Sozialismus« einen »höheren Sinn« gehabt haben könnte.

RONALD LÖTZSCH

**Doris Lindner:  
Schreiben für ein besseres  
Deutschland: Nationenkonzepte  
in der deutschen Geschichte  
und ihre literarische Gestaltung in  
den Werken Stefan Heyms,  
Königshausen & Neumann  
Würzburg 2002, (22,50 €)**

Das Werk Stefan Heyms, Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts und damit auch Wegbegleiter verschiedener deutscher Staatsgebilde, steht im Mittelpunkt dieser Dissertation aus Bamberg. In der interdisziplinär angelegten Arbeit vertritt die Autorin eine in postmodernen Zeiten, in denen »Botschaften« von Dichtern wenig gelten oder schlichtweg negiert werden, gleichermaßen mutige wie ungewöhnliche These, daß nämlich Heym seine Publikationen bewußt dafür einsetzte, um gesellschaftspolitische Positionen darzustellen und um damit den Diskurs über das nationale Selbstverständnis der Deutschen anzuregen.

Zunächst widmet sich die Autorin der Diskussion des Nationenbegriffs und der Darstellung europäischer und deutscher Nationenkonzepte. Anschließend werden – das Kernstück der Arbeit – Formen deutscher Nationalstaaten, der *revolutionäre*, der *imperiale*, der *totale* Nationalstaat und die Zeit des *Nebeneinander zweier deutscher Staaten* der literarischen Verarbeitung in ausgewählten Romanen Heyms gegenüber gestellt.

Begonnen wird allerdings mit einer ausführlichen Schilderung von Leben und Werk Stefan Heyms, um dann auf den 1963 erschie-

nenen Roman *Lenz*, bei dem die Geschichte der badischen Revolution im Mai 1842 im Mittelpunkt steht, einzugehen. Erstmals offenbart Heym hier seine Vorstellungen von einem eigenständigen deutschen Nationenkonzept, das er anhand der »Badischen Republik« konkretisiert: Unter »Volk« versteht er hier die Gemeinschaft aller badischen Bürger, die sich nicht aufgrund möglicher gemeinsamer Abstammung, sondern durch ein gemeinsames politisches Wertesystem als Nation begreifen. Der nun diskutierte historische Roman *Lassalle*, 1969 publiziert, widmet sich dem letzten Lebensjahr des schillernden und widersprüchlichen Politikers und Arbeiterführers Ferdinand Lassalle (1863/64), zeichnet dabei aber auch, quasi nebenher, ein Bild des Bismarck-Reiches und dessen Vorstellungen von Staat und Nation. Beim Politkrimi *Glaseknapp*, schon 1942 in New York unter dem Titel *Hostages* erschienen, zeigt Heym das Leben unter der deutschen Naziherrschaft exemplarisch am Schicksal von fünf Tschechen, die unschuldig des Mordes am scheinbar spurlos verschwundenen Wehrmchtnsleutnant Glaseknapp bezichtigt werden und in ihrer Todeszelle gemeinsam auf ihre Hinrichtung warten. Anhand des Falls *Glaseknapp* wird im Roman einerseits die nationalsozialistische Politik entlarvt und andererseits der Kampf der tschechischen Widerstandsbewegung geschildert.

Als nächstes Werk stellt Lindner *5 Tage im Juni* vor: Die blutige Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR erlebte Heym selbst in Berlin mit, was ihn dazu veranlaßte, seine Erlebnisse literarisch zu verarbeiten. Die erste Version, *Der Tag X*, bereits 1953 begonnen und 1959 fertiggestellt, wurde in der DDR verboten; 15 Jahre später erschien dann die überarbeitete zweite Version des Romans unter dem Titel *5 Tage im Juni* in der BRD. Da Lindner mit ausdrücklicher Genehmigung Heyms selbst auf die bisher unveröffentlichte Erstversion des Romans zurückgreifen konnte, können bisher nicht erforschte Aspekte des literarischen Werks Heyms erstmals beleuchtet werden. Lindner analysiert präzise die veränderte Einschätzung Heyms der Geschehnisse in der ersten und zweiten Version und zeigt so Entwicklungen Heyms auf, der in diesem Zusammenhang selbst festgestellt hat, daß die Werke

eines Schriftstellers auch immer seine eigene Biographie seien.

Mit *Schwarzenberg* endet die Reihe der besprochenen Romane mit einem »programmatischen Entwurf eines deutschen Zukunftsstaates«. Heym skizziert die Vision eines »besseren Deutschlands« anhand des »Modells Schwarzenberg«, einem kleinen Landstrich, der einige Wochen nach Ende des Zweiten Weltkriegs aus bis heute nicht ganz geklärten Gründen besatzungsloses Gebiet war. Daher mußten die dort lebenden Menschen in diesem kurzen historischen Moment ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Heym greift diesen historischen Stoff auf, verändert ihn aber, um sein Deutschlandbild und seine Vorstellungen zur Zukunft Deutschlands zu präsentieren – eindringlich und deutlich, als primär politischen Appell, dem die literarisch-ästhetischen Aspekte eher untergeordnet erscheinen.

Lindner ist es gelungen, zentrale Etappen deutscher Geschichte mit ausgewählten Romanen Heyms zu kontrastieren. Dabei zeichnet sie einerseits den Prozeß der Veränderung des Menschen, Schriftstellers und Politikers Stefan Heym nach, arbeitet andererseits auch das heraus, wofür Heym lebenslang eintrat: für eine Demokratie als Synthese von Sozialismus und Freiheit. Die vorliegende Studie ist ein wichtiger neuer Baustein im Rahmen der bisher zahlenmäßig kaum nennenswerten Forschungsarbeiten im deutschsprachigen Raum zu Heym. Leider ist es so, daß der weltweit millionenfach gelesene Autor von der Germanistik aus unterschiedlichen Gründen bisher eher zurückhaltend gewürdigt wurde. Eine Untersuchung, die sich dem Werk Heyms über einen interdisziplinären Ansatz nähert, liegt erstmals mit dieser Dissertation vor. Insgesamt handelt es sich dabei um eine empfehlenswerte Lektüre, zum Nachschlagen und Erinnern, auch als Begleitlektüre beim Lesen der Romane Heyms. Durch eine anschauliche, klare und unmißverständliche Sprache ist das Buch gleichermaßen geeignet für Wissenschaftler und für Laien. Schön zu wissen, daß Stefan Heym dieses Buch selbst noch in Händen hielt und der Autorin im Februar 2001 persönlich seine Freude und Zustimmung zur Arbeit hat mitteilen können.

CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

**Horst-Eberhard Richter:**  
**Das Ende der Egomane – Die**  
**Krise des westlichen Bewußtseins,**  
 Verlag Kiepenheuer & Witsch  
 Köln 2001, 220 S. (18,90 €)

Was dieses Buch in erster Linie auszeichnet, ist seine scharfe Kritik an einer westlichen Kultur, in welcher der Bemächtigungswille zum Leitmotiv eines unerbittlichen Konkurrenzsystems geworden ist. Das Wir oder das Ganze ist im Schatten eines isolierten Ichs im Bewußtsein der Menschen verschwunden. Da sich dieses egomanische Bewußtsein in den meisten Büchern und Texten vieler professoraler Autoren unserer Gegenwart präsentiert, die dieses isolierte Ich für den Fortschritt unserer Zivilisation halten, das es gegen äußere Eingriffe zu schützen gilt, setzt Horst-Eberhard Richter gegen seine eigene Zunft – er ist selbst Professor – einen Kontrapunkt. Der Autor fordert ein »soziales Menschenbild«, das vom Prinzip der Gerechtigkeit getragen ist. Er sieht dieses Bild bereits in der Bewegung der Globalisierungskritiker, deren Zahl ständig wächst, entstehen. Er selbst beteiligt sich aktiv in der ATTAC, einer Organisation, die für die Entschuldung der armen Länder, für die Beseitigung der Steueroasen und für die Besteuerung der gigantischen Spekulationsgewinne eintritt. In diese Konzeption eines »sozialen Menschenbildes« paßt die Devise des Meisters vieler Psychologen und Therapeuten, Freud, nicht mehr. Freud habe sich lediglich mit dem inneren Apparat des Individuums beschäftigt, dabei sei jedoch jede psychische Störung eine Beziehungsstörung vom Ich zum Wir. Die Außenwelt ist schließlich keine abgetrennte materielle Realität, wie Freud behauptete. Der Psychoanalytiker müsse sich von seinem hohen Roß der Deutungshoheit des Unbewußten seines Analysanden befreien und erkennen, daß die Abhängigkeitssituation in der Psychotherapie nur ein Experiment sei, das die Fenster zur sozialen, ökonomischen und politischen Welt offen halten müsse. Beide, Therapeut und Analysand, seien in dieser gesellschaftlichen Welt gleichberechtigte Streiter für eine demokratische Mitverantwortung.

*»In der künstlichen Situation der Analyse wird diese Ebenbürtigkeit vorübergehend probe-weise eingeschränkt.«* Die kenntnisreiche Kritik an Freud und Nietzsche, die beide den zeittypischen Schub eines »individualistischen Expansionismus hin zum »Übermenschen« repräsentieren, machen dieses Buch zu einem wichtigen Hebel, um die egozentrischen und deutungsphantastischen Vorstellungen vieler psychotherapeutischer Übermenschen in die Realität des gesellschaftlichen Seins zu kippen. Doch auch jene Verhaltensforscher, wie Konrad Lorenz oder von Verschuer, die simple Analogschlüsse aus der Biologie zogen, um menschliches Verhalten erklären zu können, werden kritisiert. Der Autor, der den Kreis seiner psychotherapeutischen Berufskollegen bereits häufig erschütter hat, wird sich auch mit diesem Buch wenig Freunde bei Gestalttherapeuten, Freudianern und sonstigen Deutern des individuellen Unbewußten machen. Und das ist gut so.

Dort, wo das Buch nach Erklärungsmustern sucht, um die Entstehung der Egomane zu begreifen, konstruiert es Bilder mit dem Motiv einer Gesinnungsethik, wie sie bereits Kant oder Albert Schweitzer mit seiner Forderung nach der »Ehrfurcht vor dem Leben« gezeichnet haben. Martin Bubers Satz, der Mensch könne nur am Du zum Ich werden, ist Leitmotiv dieser Erklärungsmuster. Dadurch entsteht aber genau das, was der Autor an vielen Psychotherapeuten kritisiert, er isoliert Teile vom Ganzen. Die ethische Welt wird von der übrigen, der »äußeren« menschlichen Wirklichkeit abgeschnürt. Ziemlich hilflos endet das Buch mit dem Satz des Philosophen Lévinas: »Vor dem Anderen ist das Ich unendlich verantwortlich.«

Zur ganzen Wirklichkeit der Menschen gehört doch besonders die materielle Produktion und Reproduktion des menschlichen Seins. Da dieses Sein von jedem neugeborenen Menschen fertig vorgefunden wird, kann sich das Ich nicht nur an einem Du zum menschlich authentischen »Persönlichkeitsbild« entwickeln, sondern muß auch den objektiven Gesamtzusammenhang des Entwicklungsprozesses von Natur und Gesellschaft kritisch zur Kenntnis nehmen, um als Individuum wachsen zu können. Aus der Gesamtheit der individuellen Handlungen allein er-

gibt sich noch keine gesellschaftliche Harmonie. Mit den Beziehungen von Ich und Du, vom Du zum Wir, ist es allein noch nicht getan. Die reale ökonomische Entwicklung, an deren Erscheinungsformen auch die ATTAC laboriert, hat ein Chaos von Krisen und Kriegen zustande gebracht, das immer stärker in die Richtung einer allgemeinen Barbarisierung der Menschheit drängt. Nicht nur das »westliche Bewußtsein« ist daher in einer Krise, sondern auch das »westliche Sein«, das von einer entmenschlichenden Dynamik des Markthungers und der Kapitalvernichtung beherrscht wird. Diese Ökonomie behindert eine wirkliche Ich-Du-Beziehung. Wer im Hamsterrad dieses gesellschaftlichen Seins funktionieren muß, um überleben zu können, wird den anderen Menschen nicht als Menschen, sondern als Konkurrenten wegbeißen wollen. Da die Ökonomie schließlich das Werk unserer eigenen Hände ist, werden wir sie so gestalten müssen, daß sie aufhört, Hamsterrad zu sein, dessen Drehungen wir uns leidend, gedankenlos oder innovativ fügen. Dann kann das Ich am Du zum Ich werden. Dieses Ende der Egomanie ist aber heute noch nicht in Sicht.

JÜRGEN MEIER

Gerhard Wilke:  
John Maynard Keynes,  
Campus Verlag Frankfurt am Main/  
New York 2002, 184 S. (12,90 €)

»In der Medizin gibt es neben den bereits bekannten auch neu entdeckte Krankheiten. In dieser Wissenschaft sind außerdem Fortschritte bei der Diagnose und Therapie gut erkennbar. Dies ist in der Ökonomie anders. Ihre »Krankheiten« und Mängel sind stets dieselben .... Von daher wird es nicht verwundern, daß in der Wirtschaftstheorie und -politik immer wieder die gleichen Schlachten geschlagen werden.«<sup>1</sup>

In einer Zeit, da aus Marktschreibern Kapitalismuskritiker und aus Entertainern Kulturpessimisten werden, sprechen wir von einer Krise. Wir befinden uns zwar nicht in »The Great Depression« der späten zwanziger Jahre, aber die weltwirtschaftliche Performance, US-Spe-

kulationsblase, Deflation und Stagnation in Japan und das politische Klima in Europa erinnern schon daran. Dies mag ein Grund dafür sein, daß sich auch die *mainstream economics* in Deutschland, lange nach den unbefangeneren Debatten in den Vereinigten Staaten, eines Ökonomen erinnern, der mit der *General Theory of Employment, Interest and Money* 1936 eine intellektuelle Revolution auslöste: John Maynard Keynes.

So auch Gerhard Wilke, Professor für Wirtschaftspolitik in Nürtingen, der in seiner Neuerscheinung eine kompakte und anschauliche Einführung in die *General Theory* gibt. Wenn auch der Autor dieser Buchbesprechung möglicherweise bereits durch den wirtschaftsakademischen Dialekt verblendet sein mag, der »britisch populistische Charme« des Buches macht es leicht zugänglich. So fehlt es hierin neben der wirtschaftswissenschaftlichen Illustration nicht an biographischen Anekdoten zu Keynes sowie eleganten englischsprachigen Zitaten aus den wirtschaftspolitischen Gefechten eines Jahrhunderts. Einfachheit war auch durchweg Keynes' Methode, wie Wilke nicht müde wird, zu betonen, denn Keynes' Anspruch war an eine politische Öffentlichkeit gerichtet. Dies führt aber auch zur Schwachstelle der gelungenen Einführung, die sich über die Darstellung des historischen Hintergrunds der »keynesianischen Revolution«, über deren makroökonomische Perspektive anhand der Auseinandersetzung mit den Theoremen der effektiven Nachfrage, des privaten Konsums, der Ersparnis, der privaten Investitionen, der Liquiditätsneigung, des Geldes und des Zinses, der Beschäftigung, der Löhne und der Produktion, des Konjunkturzyklus, über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen und deren Auswirkungen auf die politische Realität vergangener Jahrzehnte erstreckt. Denn die in der wirtschaftspolitischen Rezeption dargestellten Probleme bei der Anwendung keynesianischer Paradigmen, die immer nur im Rahmen einer *mixed policy*, zum Beispiel während des *new deal* in den USA, zur Entfaltung während der *new deal* in den USA, zur Entfaltung während der *new deal* kamen, werden von Wilke mit derselben Schlichtheit behandelt, wie die keynesianische Theorie. Vielleicht läßt sich dies in einem Taschenbuch nicht besser bewerkstelligen, doch hätte dann auch etwas mehr britische Enthusiasmus bei der Interpretation keynesianischer

Politik nicht geschadet. Wilke kommt nämlich in etwa zu dem Ergebnis wie die neoklassisch-keynesianische Synthese, also wiederum *policy mix*, oder auch einfach die »Neue Mitte«. Das ist nicht neu und vor allem rechtfertigt es kaum die keynesianische Renaissance vor dem Hintergrund von Krisenphänomenen.

Dabei gäbe es durchaus lohnenswerte Fragen, wie etwa die nach der Vermeidung von binnenwirtschaftlichen Marktdestruktionen durch eine angemessenere Verteilung wirtschaftlicher Fortschritte. Auch dies war keynesianisches Programm, gerade vor dem Hintergrund einer unterstellten abnehmenden Konsumneigung mit wachsendem Einkommen. Sofern die Behauptung Wilkes richtig ist, daß Keynes nicht auf Eingriffe in mikroökonomische, marktliche Strukturen erpicht war, kann es sich bei solchen programmatischen Forderungen dann ja auch um eine Effektivierung der Marktprozesse handeln, die es nicht verdient hat, aus dem *policy mix* auszuschneiden.

Die Problematik defizitärer Haushalte kommt bei Wilke nur mit einem Teil der Wahrheit aus, daß nämlich in Boomphasen politische Akteure kaum gewillt sein werden, Polster für die Rezession durch Verzicht anzulegen. Dies ist sicher unbestritten ein Problem, doch erklärt sich ohne wesentliche weitere Faktoren, wie eine verfehlte Steuerpolitik zugunsten der potentesten wirtschaftlichen Akteure, dieses Phänomen nicht.

Neben der Nennung weiterer Aspekte wie der behaupteten Begrenzung strukturellen Wandels durch Nachfragepolitik Lohn-Preis-Spiralen et cetera findet eine wichtige Zukunftsdebatte nur kurzen Anklang: Die von Keynes unterstellte Sättigungstendenz. Keynes ging wie gesagt von abnehmender Konsumneigung mit wachsendem (Volks-)einkommen aus. Da er das Saysche Theorem, wonach sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft, welches für das Zusammentreffen von Güter- und Geldmarkt nichts anderes bedeutet, als daß die (geplanten) Größen von Investition und Ersparnis nie längerfristig im Ungleichgewicht liegen können, da der Zins Ersparnis und Investition zum Ausgleich bringt, verwarf, gibt es bei ihm die Möglichkeit längerfristig unausgelasteter Kapazitäten, welche Wachstum, Beschäftigung et cetera in unbefriedigenden

Zustand versetzen. Nach dem Sayschen Theorem würde eine unzureichende Investitionsgüternachfrage (mit Auswirkungen auf das Sozialprodukt beziehungsweise Volkseinkommen) nie längerfristig bestehen können, denn der Zins würde so weit sinken, daß das Kapitalangebot billig genug werden würde. Für Keynes spielten aber die Zukunftsbeziehungsweise Ertragserwartungen von Investitionen (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) eine gewichtige Rolle, so daß ein Ungleichgewicht der (geplanten) Größen Investition und Ersparnis sehr wohl dauerhaft bestehen könnte beziehungsweise auch auf einem Niveau unausgelasteter Kapazitäten. Die volkswirtschaftliche Systematik bringt es mit sich, daß *ex post*, also am Ende eines betrachteten Zeitraums, Investitionen und Ersparnis (Kapitalangebot) immer übereinstimmen, da Konsumverzicht (Ersparnis) und unzureichende Nachfrage zu Lageraufbau, per Definition (unfreiwillige) Investitionen, führten. Dies führt zur Notwendigkeit staatlicher Investitionsimpulse in depressiven Phasen, um die Produktion wieder anzuheizen.

Da Keynes von abnehmender Konsumneigung (Keynes fundamentales psychologisches Gesetz, das jedoch nie exakt mikroökonomisch begründet wurde) ausging, müßte also der Anteil der Ersparnisse steigen und somit ein weiterer Zuwachs des Sozialprodukts (abhängig von der effektiven Konsum- und Investitionsgüternachfrage) beziehungsweise ein Gleichgewichtseinkommen, bei dem die (geplante) Ersparnis der (geplanten) Investition entspricht, durch immer stärkere Investitionsimpulse belebt werden. Diese Annahme ist zunächst entkräftet worden, da dies zwar temporär zutreffen mag (Haushalte passen ihre Konsumneigung nicht unmittelbar den Einkommenszuwächsen an, sondern permanent), aber durch das Auftreten neuer Güter und die Weckung neuer Bedürfnisse könne langfristig von Sättigung nicht die Rede sein. Keynes hatte eine statische Analyse unzulässigerweise in Annahmen über eine langfristige Entwicklung überführt.

Trotz chronischer Unterinvestitionen durch die derzeit dominante Variante der Haushaltspolitik, das heißt enormen vernachlässigten Wachstumspotentialen, gibt es aber dennoch ernst zu nehmende Beobachtungen eines da-

von unabhängigen, sich abflachenden Wachstums. Postmaterielle Phänomene (wie das Teilzeitbedürfnis bei Lohnverzicht, wonach Untersuchungen zufolge scheinbar viele Arbeitnehmer der Freizeit einen höheren Stellenwert einräumen als dem Lohnniveau) werden wieder ernsthaft in Erwägung gezogen. Dies bedeutet nichts anderes, als daß Wachstum angesichts des notwendigen investitionspolitischen Inputs in reifen Volkswirtschaften immer schwieriger zu organisieren ist.

Diese Debatte hat auch vor dem Hintergrund der börsenzentrierten Konsumbelegung in den USA einige Bedeutung. Sie ist für eine moderne Performance keynesianischer Politik von elementarer Bedeutung (Strukturpolitik und Verteilungsgerechtigkeit bekämen beispielsweise mehr Gewicht gegenüber dem expansiven, schuldenfinanzierten Wachstum).

Wer wie Wilke aber diese Debatte für erledigt erklärt, kann nur zu dem Schluß gelangen, daß entweder die unter der Annahme von Verteilungsgerechtigkeit schuldenfinanzierte Investitionsbelegung nicht derart expansiv erfolgen muß beziehungsweise daß Märkte langfristig unbegrenzt wachsen können. Wilke entscheidet sich für die langfristigen Selbstheilungskräfte des Marktes (ohne elementares »Strukturdesign« durch verbesserte Wirtschaftskreisläufe, Verteilungskorrekturen) und zeitweilige Interventionen in Krisenzeiten. Die politische Ökonomie des John Maynard Keynes wird somit als statisch beziehungsweise wiederkehrend interpretiert.

Postkeynesianer und ambitionierte Wirtschaftspolitiker sollten aus den aktuellen Krisen aber mehr lernen als Wilke zugeben mag. Moderne Wirtschaftspolitik ist mehr als der alte Ideenstreit, mehr als ein bloßer *policy mix*, (klassische) Standortpolitik und Krisenintervention. In einer Zeit, da Krisen unübersehbar werden, darf getrost von einem Fortschritt gesprochen werden, wenn wenigstens wieder gilt, was Schumpeter 1946 formulierte: die Lektüre der *General Theory* mache uns nicht notwendig zu Keynesianern, aber »sie macht aus uns bessere Ökonomen«!

FABIO DE MASI

Jan Glowczyk:  
Uniwersalny Słownik  
Ekonomiczny (Universelles  
Handbuch der Ökonomie),  
Fundacja Innowacja  
Warszawa 2000, 503 S.

Der Autor, seit 1998 Professor an der Sozial-Ökonomischen Hochschule in Warschau, lehrt und forscht zu Problemen der Ökonomie und der Ökonomischen Systeme. Die vorliegende Arbeit ist eine Frucht seines jahrzehntelangen Wirkens. Das Nachschlagewerk erschließt über 750 Stichworte, die wesentlichen Mäander der Ökonomie, stellt in Kurzbiographien die wichtigsten Wirtschaftswissenschaftler der Vergangenheit und Gegenwart vor und ermöglicht durch über 1500 Personen- und Sachregisterverweise einen schnellen Zugriff für den Lernenden wie den Lehrenden.

Die Definition der wesentlichen ökonomischen Begriffe reicht von den Stichworten »Akte« und »Arbeitslosigkeit« über »Bankwesen«, »ökonomische Kybernetik« und »Profit« bis »Schattenwirtschaft«. Es gibt keinen wichtigen ökonomischen Begriff, er sei historisch oder zeitgenössisch, den Glowczyk nicht definiert. Eingeschlossen sind auch – diese etwas ausführlicher – alle mit dem Globalisierungsprozeß verbundenen speziellen Begriffe. Diese analysiert er vor dem Hintergrund des Machtgewinns transnationaler Mega-Unternehmen, die unablässig ihr Kapital vergrößern und ihre Tätigkeitsfelder erweitern. Vornehmlich durch immer neue Fusionen und indem sie schwächere Unternehmen verdrängen oder schlucken. Ende des 20. Jahrhunderts existierten annähernd 40 000 Unternehmen, die den Charakter und die Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung prägten. Die größten von ihnen beschäftigten an die 100 000 Mitarbeiter und fuhren jährliche Gewinne in Höhe von fünf bis sechs Milliarden US-Dollar ein. Eine der Folgen dieser Entwicklung ist die Verringerung der beruflichen Aktivität der arbeitsfähigen Bevölkerung und die damit verbundene Zunahme der Arbeitslosigkeit in Industrie und Landwirtschaft. Im Raum der OECD suchen derzeit an die 40 Millionen Menschen Arbeit.

1 Harald Mattfeld: Arbeitsmarktperformance und Beschäftigungsranking, in: Rudolf Hickel et al. (Hrsg.) Politik des Kapitals – heute – Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffscheid, Hamburg 2000.

Der pluralistische Charakter des Nachschlagewerks äußert sich darin, daß alle Sachbegriffe und Personen sowie die Definitionen der ökonomischen Lehrmeinungen durch die nüchterne Darstellung ihrer wesentlichen Merkmale und Leistungen vorgenommen werden, nicht jedoch durch Werturteile. Die zahlreichen Tabellen und Grafiken vermitteln dem Nutzer viel Neues über die Verbindungen zwischen ökonomischen Theorien und der wirtschaftlichen Praxis, dies vor allem, jedoch keineswegs allein, am Beispiel Polens.

Das von Leszek Balcerowicz im Oktober 1989 angekündigte und im nachfolgenden Jahrzehnt exekutierte »historische Experiment« der Transformation (*Rzeczpospolita*, vom 7. bis 8. 10. 1989, Warszawa) war hinsichtlich der Privatisierung erfolgreich. Der private Sektor wuchs von 28,6% auf 74,4%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Inzwischen beherrscht der private Sektor die Wirtschaft und bestimmt alle dort ablaufenden Prozesse. Das betrifft insbesondere den Staatshaushalt, der katastrophal ist. Während 1990 die Einnahmen noch die Ausgaben überstiegen, erhöhten sich die Defizite im folgenden Dezennium systematisch. Im Jahr 2000 erreichten sie die Rekordhöhe von 15,4 Milliarden Zł. Im gleichen Zeitraum wuchs die strukturelle Arbeitslosigkeit beträchtlich. Der an sachkundiger Information Interessierte findet in diesem Standardwerk eines polnischen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Schlüsselinformationen über Schlüsselinformationen, Detailinformationen über Detailinformationen.

Die das Nachschlagewerk abschließenden Kurzbiografien reichen von Clark John Bates, Nikolaus Kopernikus und Oskar Lange über Karl Marx, Jean Baptiste Say und Joseph Schumpeter, Adam Smith bis Max Weber, erfassen somit (dazu kommt eine Tabelle aller seit 1969 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftler) im historischen Längs- und im transnationalen Querschnitt alle wichtigen Ökonomen der Vergangenheit und Gegenwart. Dem Buch ist, nicht nur mit Blick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur EU, sondern auch um die hiesige Wirtschaftswissenschaft mit dem Forschungsstand in einem wichtigen europäischen Land vertraut zu machen, eine Übersetzung zu wünschen.

EDITA DIETZ